

**öffentliche Niederschrift
Beirat für Integrationsfragen
vom 29.09.2022, 17:00 bis 18:35 Uhr,
Großer Sitzungssaal des Rathauses, Marienplatz 26, 88212
Ravensburg**

Vorsitz

Herr Stefan Goller-Martin Amt für Bildung, Soziales und Sport

Mitglieder

Herr Wahid Akbarzada	Afghanistan
Herr Mehmet Aksoyan	Türkei
Frau Dila Bahar Tütünci	Vertreterin Schüler*rat
Frau Ingrid Brobeil-Wolber	Grüne
Frau Margarete Eger	CDU
Frau Angelika Hipp-Streicher	Caritas Bodensee-Oberschwaben
Herr Bachar Kasou	Syrien
Frau Zdenka Kriz	Slowenien
Herr Bajram Osmani	Kosovo
Herr Zibédou Ouroma	Togo
Frau Antje Rommelspacher	CDU
Frau Margit Rosenthal	Grüne
Frau Ina Waitkus	Vertreterin Schüler*rat
Frau Marina Wamsler	beratendes Mitglied
Frau Maria Weithmann	Grüne
Frau Dr. Haibo Xuan	China

Stellvertretung

Lena Welkenbach CJD Ravensburg

Verwaltung

Herr Martin Diez Amt für Bildung, Soziales und Sport
Herr Thomas Ritsche

Schriftführung

Frau Jasmin Schacht

entschuldigte/abwesende

Mitglieder

Herr Anthony Adesany	Afrika	entschuldigt
Herr Haris Alickovic	Bosnien-Herzegowina	entschuldigt
Herr Celaletin Altas	Türkei	fehlt unentschuldigt
Frau Ola Bougha	beratendes Mitglied	entschuldigt
Frau Maria do Ceu Campos	beratendes Mitglied	entschuldigt
Herr Rolf Engler	CDU	fehlt unentschuldigt
Frau Amy Grubert	Vertreterin Schüler*rat	fehlt unentschuldigt
Herr Gerd Gunßer	Diakonische Bezirksstelle	fehlt unentschuldigt
Frau Hasret Kaplan	beratendes Mitglied	entschuldigt

Frau Jane Karuru-Eißler	Kenia	fehlt unentschuldigt
Herr Wilfried Krauss	BfR	fehlt unentschuldigt
Frau Viktoria Kriwobok	CJD Ravensburg	entschuldigt
Frau Dr. Anna Laukert	beratendes Mitglied	entschuldigt
Herr Dr. Hans-Dieter Schäfer	SPD	entschuldigt

Beurkundung

Mitglied

Jasmin Schacht

Mitglied

Bekanntgabe der Niederschrift im Gemeinderat _____

1. Herausforderungen Schutzsuchende Menschen in Ravensburg

Sitzungsvorlage:

Protokoll-Nr. : 1

Az.:

Aussprache:

Herr Goller-Martin (Amt für Bildung, Soziales und Sport) begrüßt die Anwesenden.

1. BM Blümcke ist leider verhindert und lässt sich für die Sitzung entschuldigen.

Er gibt einen Überblick über die aktuelle Situation in Ravensburg in Bezug auf Geflüchtete aus der Ukraine und anderen Ländern. In der folgenden Woche (KW 40) gibt es eine Pressekonferenz zum Thema, daher stellt er nur eine knappe Übersicht vor:

- Aktuell befinden sich in Ravensburg ca. 800 Menschen aus der Ukraine, davon sind ca. 350 familiär/privat untergebracht. Die Anzahl war über den Sommer weitgehend konstant bei ca. 300 Menschen, in den vergangenen Wochen kamen viele Personen dazu.
- In einer Pressekonferenz im August hat das Land Baden-Württemberg angekündigt, dass die Landeserstaufnahmestellen (LEAs) zu 96% ausgelastet und an ihre Kapazitätsgrenzen gekommen seien. Grund hierfür war die Anwendung des Königssteiner Schlüssels, wonach eine Umverteilung zwischen den Bundesländern stattfand.
→ Jede Woche teilt das Land Baden-Württemberg dem Landkreis ca. 100-150 Personen zu.
→ Deshalb gibt es einen Bedarf an Notunterkünften (mit je ca. 100 Feldbetten, in Séparées zu je 10 Betten).
- In Konsequenz konnte der Landkreis Ravensburg die Rückbaupläne in der **Behelfsunterkunft Burachhalle** nach den Sommerferien nicht wie geplant durchführen. Stattdessen wurde die Halle innerhalb wenigen Tagen mit 100 Menschen belegt. Inzwischen ist sie voll belegt mit ca. 270 Personen. Es findet ein ständiger Wechsel statt, da der Landkreis in die Kommunen weiterverteilt und manche Bewohner auch privat anderen Wohnraum finden.
- Die **VU Stahlgruberhalle** wurde inzwischen mit ca. 60 Personen belegt. Es handelt sich um eine Unterkunft des Landkreises, die jedoch von der Stadt Ravensburg betreut wird.
- Ab dem 30.09. wird die **Schussentalhalle in Oberzell als Notunterkunft** eingerichtet (für 4 Wochen). Nach diesen 4 Wochen wird eine andere Kommune eine Notunterkunft einrichten.
- Die **Eschach-Halle** wird derzeit nicht benötigt und dem Landkreis nicht angeboten.
- Zeitgleich steigt auch die Anzahl der "internationalen" Geflüchteten (also derjenigen, die nicht aus der Ukraine kommen). Diese befinden sich ca. 18 Monate in der VU (Vorläufigen Unterbringung) des Landkreises, bevor sie in die Kommunen weiterverteilt werden (in die Anschlussunterbringung – AU). Personen aus der Ukraine werden bereits nach max. 6 Monaten weiterverteilt.
→ ab Januar (nach 6 Monaten) hat deshalb auch die Stadt Ravensburg eine erhöhte Aufnahmeverpflichtung
→ ein Konzept ist vorhanden, weitere Immobilien werden akquiriert

Warum werden Sporthallen belegt?

Zeltstätten sollen vermieden werden. In den Sporthallen sind die Grundvoraussetzungen (wie z.B. ausreichend Sanitäreinrichtungen) gegeben.

Wer kommt?

Unter den "internationalen" Geflüchteten sind viele Männer, ca. 80%.

Unter den ukrainischen Geflüchteten sind vor allem Frauen und Kinder (ca. 1/3), auch viele Rentner (im hohen Alter). Wer in der Ukraine Rente bezogen hat, bezieht sie auch hier, auch wenn das deutsche Renteneintrittsalter noch nicht erreicht ist.

Hieraus ergeben sich auch **Herausforderungen für die Infrastruktur** vor Ort.

- Viele der alten Menschen haben Erkrankungen und benötigen daher medizinische Versorgung.
- Barrierefreie Unterkünfte werden benötigt.
- Für die Kinder und Jugendlichen muss ein Bildungsangebot geschaffen werden:
Im Schuljahr 2021/22 wurden bereits zwei VKL-Klassen installiert.
Für das Schuljahr 2022/23 wurden 4 zusätzliche VKL-Klassen geplant. Sowohl an städtischen als auch an privaten Schulen.
Stand heute sind alle Kinder versorgt. Wenn weitere Kinder nach Ravensburg zuziehen, muss nachjustiert werden.
→ die Raumfindung gestaltet sich schwierig.
→ der ukr. Online-Unterricht findet nach wie vor statt und wird von vielen Familien priorisiert. Andererseits zieht es die Kinder aber auch in den Präsenz-Unterricht an die Schulen, da sie dort mit anderen Kindern in Kontakt kommen.

Es ist derzeit fraglich, wer von den ukrainischen Geflüchteten in Ravensburg/Deutschland bleiben wird und wer zurück in die Ukraine geht. Wir rechnen jedoch mit weiteren Geflüchteten.

Frage Frau Weithmann (B90/Grüne): Ukrainische Geflüchtete wechseln zum 01.06. vom Leistungskreis des AsylbLG in den nach SGB II/XII. Es ist zunehmend eine Missstimmung unter den (übrigen) Geflüchteten spürbar, da die Leistungen nach dem AsylbLG niedriger sind als im SGB II/XII. Kommen diese Rückmeldungen auch in Ravensburg?

Herr Goller-Martin (Amt für Bildung, Soziales und Sport): Diese Rückmeldungen kommen, subjektiv wird diese Unterscheidung als ungerecht empfunden. Die Entscheidungen sind allerdings auf Bundesebene erfolgt, wir können auf örtlicher Ebene nichts daran ändern. Auch hinsichtlich der Wohnsituation ist ein Unterschied vorhanden, viele Ukrainer konnten direkt oder sehr schnell private Wohnungen beziehen. Zudem gilt für Ukrainer eine andere (gelockerte) Wohnsitzauflage als für andere Geflüchtete.

Frau Weithmann (B90/Grüne): Die Frage sollte keine Kritik an der Stadt Ravensburg darstellen. Wie wird jedoch vor Ort auf diese Unzufriedenheit reagiert?

Herr Goller-Martin (Amt für Bildung, Soziales und Sport): Es werden viele Gespräche geführt, es wird versucht die Situation zu erklären, auch, dass wir leider nichts daran ändern können. Der Auftrag ist die Integration aller Geflüchteten in die Stadtgesellschaft.

Frau Brobeil-Wolber (B90/Grüne): Ist diese Unterscheidung und die Zuteilung in das AsylbLG / SGB II/VII abhängig vom Herkunftsland und / oder der persönlichen Situation?

Herr Goller-Martin (Amt für Bildung, Soziales und Sport): Das Aufnahmeverfahren bestimmt die Leistung. Geflüchtete aus der Ukraine kommen nichts ins Asylverfahren. Fast alle anderen Migranten (die nicht aus Europa kommen), kommen übers Asylverfahren nach Deutschland – oder über eine BlueCard, dann erhalten sie aber sowieso keine Leistungen.

Der Unterschied wird rechtlich gemacht zwischen Bürgerkrieg und Angriffskrieg, dies wurde im Frühjahr neu bewertet.

Unklar ist noch welchen Aufenthaltsstatus Drittstaatler aus der Ukraine erhalten, z.B. Studierende aus afrikanischen Ländern. Diese hielten sich bei Kriegsbeginn mit einem Aufenthaltsstatus in der Ukraine auf – erhalten sie nun Schutz in Deutschland wie alle anderen Geflüchteten aus der Ukraine oder wird eine Rückkehr ins sichere Herkunftsland angestrebt?

Herr Diez (Amt für Bildung, Soziales und Sport): Die Entscheidung bei den Drittstaatlern ist individuell und sehr langwierig. Auch in Ravensburg sind internationale Studenten aus der Ukraine, z.B. in der Unterkunft in der Wangenerstraße. Die Studierenden hängen in einer Warteschleife. Noch beziehen sie Leistungen nach dem AsylbLG. Wenn der Aufenthalt genehmigt wird, werden sie ins SGB II wechseln, bzw. bei Aufnahme eines Studiums ggfs. in andere Systeme.

Herr Diez stellt Andrii Rybalko vor, der ebenfalls aus der Ukraine kommt und derzeit einen Bundesfreiwilligendienst im Amt für Bildung, Soziales und Sport macht.

Herr Goller-Martin (Amt für Bildung, Soziales und Sport) gibt den Hinweis, dass ab 2023 auch Vertreter aus der Ukraine in den Beirat für Integrationsfragen mit aufgenommen werden könnten. Hierzu müsste sich der Beirat nochmals austauschen.

Beratungsergebnis:

bekanntgegeben

2. Bundesprogramm "Demokratie leben!" (der Beirat für Integrationsfragen handelt bei diesem Tagesordnungspunkt als Begleitausschuss für das Bundesprogramm) - mündlicher Bericht

Sitzungsvorlage:

Protokoll-Nr. :

Az.:

Beratungsergebnis:

bekanntgegeben

2.1. Bundesprogramm "Demokratie leben!" - Projekte Aktions- und Initiativefonds 2019 – Endberichte

Sitzungsvorlage: 2022/256

Protokoll-Nr. :

Az.:

Aussprache:

Herr Diez (Amt für Bildung, Soziales und Sport) gibt den Hinweis auf die Vorlage.

Von 19 Projekten konnten 18 umgesetzt werden.

Beratungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

2.2. Bundesprogramm "Demokratie leben!" - Projekte Aktions- und Initiativefonds 2020 – Endberichte

Sitzungsvorlage: 2022/257

Protokoll-Nr. :

Az.:

Aussprache:

Herr Diez (Amt für Bildung, Soziales und Sport) gibt den Hinweis auf die Vorlage.

Im Jahr 2020 begann die Corona-Pandemie. Aus diesem Grund gab es zweimal neue Ausschreibungen, um neue und Corona-Konforme Ideen zu fördern. Insgesamt wurden 36 Projekte bewilligt, von denen allerdings nicht alle umgesetzt werden konnten.

Beratungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

2.3. Bundesprogramm "Demokratie leben!" - Projektausschreibung 2023

Sitzungsvorlage:

Protokoll-Nr. :

Az.:

Aussprache:

Herr Diez (Amt für Bildung, Soziales und Sport): Die Anträge für das Jahr 2023 wurden beim Bund gestellt, die Höhe der Mittel ist gleich hoch wie im Vorjahr. Projekte können mit einer Summe von je 1.000 – 5.000 Euro gefördert werden. Demokratie- und Toleranzfördernde Projekte werden priorisiert.

Er gibt den Hinweis auf die Projektausschreibung 2023, die den Anwesenden als Tischvorlage vorliegt. Die Ausschreibung ist deshalb so früh erfolgt, damit der Beirat für Integrationsfragen im Dezember über die Förderung der Projekte entscheiden kann.

Es stehen erhöhte Projektgelder in Aussicht, allerdings wurden diese noch nicht bewilligt. Gegebenenfalls ist deshalb eine zweite Ausschreibungsrunde möglich, wenn die Projektgelder erhöht werden sollten.

Für den Jugendfond gibt es eine separate Ausschreibung. Die Mittel betragen hier insgesamt 10.000 Euro. Der Schülerrat entscheidet über die den Jugendfond.

Frau Weithmann (B90/Grüne): Einige Projekte beantragen / erhalten mehr als 5.000 Euro. Handelt es sich in diesen Fällen um eine Einzelfallentscheidung?

Herr Goller-Martin (Amt für Bildung, Soziales und Sport): Zum Teil finden bereits bewilligte Projekte nicht statt. Diese Mittel können dann für andere Projekte verwendet werden. Es werden den Projekten stets Fördermittel in Höhe von 1.000 – 5.000 Euro vorgeschlagen. Sollte ein Projekt mehr benötigen, entscheidet der Beirat für Integrationsfragen darüber.

Jährlich müssen alle Gelder bis zum Kassenschluss am 31.12. ausgegeben werden, eine Übernahme ins Folgejahr ist nicht möglich.

Die Anwesenden werden zur Abstimmung für die Projektausschreibung 2023 aufgefordert. Der Projektausschreibung 2023 wird einstimmig zugestimmt.

Die Antragstellung ist wie immer über Mehmet Aksoyan und Gülcin Bayraktar von Tavir e.V möglich.

Neue Gewürze für die Öffentlichkeitsarbeit sind seit kurzem vorhanden.

Herr Diez (Amt für Bildung, Soziales und Sport): Tavir e.V. wurde für den 11.10. angefragt auf der Landesdemokratiekonferenz über ihre Erfahrungen als externe koordinierende Fachstelle im Bundesprogramm Demokratie Leben! zu berichten. Diese Anfrage bezeugt auch den Wert unserer Arbeit hier vor Ort.

Beratungsergebnis:

einstimmig beschlossen

3. Bekanntgaben, Verschiedenes

Sitzungsvorlage:

Protokoll-Nr. :

Az.:

Beratungsergebnis:

3.1. Jahresgutachten Sachverständigenrat für Integration und Migration 2022 "Systemrelevant: Migration als Stütze und Herausforderung für die Gesundheitsversorgung in Deutschland" - Kernbotschaften

Sitzungsvorlage: 2022/258

Protokoll-Nr. :

Az.:

Aussprache:

Herr Diez (Amt für Bildung, Soziales und Sport) gibt den Hinweis auf die Vorlage.

Die wichtigste Kernaussage des Jahresgutachtens ist, dass in der Gesundheitsversorgung die Vielfalt an Menschen und deren vielfältige gesundheitliche Bedarfe berücksichtigt werden müssen.

Herr Goller-Martin (Amt für Bildung, Soziales und Sport): Es geht dabei mehr als um Schmerzbehandlung, auch präventive Maßnahmen und Vorsorgeuntersuchungen sind wichtig.

Beratungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

3.2. Studie Sachverständigenrat für Integration und Migration "Integration gelungen? Lebenswelten und gesellschaftliche Teilhabe von (Spät-) Aussiedlerinnen und (Spät-) Aussiedlern"

Sitzungsvorlage: 2022/259

Protokoll-Nr. :

Az.:

Aussprache:

Herr Diez (Amt für Bildung, Soziales und Sport) gibt den Hinweis auf die Vorlage.

Herr Goller-Martin (Amt für Bildung, Soziales und Sport): Integration (von (Spät-) Aussiedlerinnen und (Spät-) Aussiedlern) ist eine generationsübergreifende Aufgabe, die noch nicht abgeschlossen ist.

Beratungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

3.3. Härtefallkommission des Landes Baden-Württemberg - Tätigkeitsbericht 2020

Sitzungsvorlage: 2022/260

Protokoll-Nr. :

Az.:

Aussprache:

Herr Diez (Amt für Bildung, Soziales und Sport) gibt den Hinweis auf die Vorlage.

In der Härtefallkommission werden Fälle aufgearbeitet von Menschen, die über das Asylverfahren nach Deutschland gekommen sind und trotz erfolgreicher Integration im Verfahren gescheitert sind. Es sind mehr Einzelpersonen als Familien und verstärkt Menschen aus afrikanischen oder asiatischen Staaten.

Die Zahlen sind insgesamt gestiegen. Es wurden 68 Fälle vorgeschlagen, 50 davon erfolgreich beschieden. (Diese Information ist aus der Sitzungsvorlage leider rausgefallen).

Die Härtefallkommission entscheidet nicht abschließend, hat jedoch ein Vorschlagsrecht für das Innenministerium.

Frau Rommelspacher (CDU): Gibt es einen Wechsel in der Zuordnung der Härtefallkommission zu den Ministerien?

Herr Diez (Amt für Bildung, Soziales und Sport): Im Jahr 2020 war die Härtefallkommission des Landes Baden-Württemberg beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg zugeordnet. Seit dem Jahr 2021 ist sie beim Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg eingerichtet.

3.4. Verschiedenes

Sitzungsvorlage:

Protokoll-Nr. :

Az.:

Es wurden alle Punkte der Sitzung behandelt, die schriftlich vorliegen.
Nun folgen weitere Informationen und sonstige Punkte.

- Interkultureller Kalender vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
Frau Xuan (China) hat bei BAMF angemerkt, dass im Kalender das Chinesische Neujahrsfest nicht aufgeführt wurde. Im Juni kam die Zusage, dass ab 2023 das Fest in den Kalender mit aufgenommen wird.
- Begriff Migrationshintergrund in Statistik
Das statistische Bundesamt führt einen neuen Begriff ein: "Eingewanderte und ihre Nachkommen". Der Begriff wird erstmals 2023 bezogen auf die amtliche Statistik von 2021 verwendet werden. Er ersetzt nicht den Begriff "Migrationshintergrund", sondern wird zunächst zusätzlich aufgeführt. Wahrscheinlich wird er den alten Begriff irgendwann ablösen, zur besseren Vergleichbarkeit muss der alte Begriff jedoch noch verwendet werden.
- Umfrage an Migrantenvereine – Auswirkungen von Corona auf die Vereinsarbeit
Rückmeldung: Die Arbeit war sehr eingeschränkt, viele Vereinstätigkeiten konnten nicht stattfinden. Gruppen sind teilweise auseinandergebrochen bzw. haben nun weniger Mitglieder, das Gemeinschaftsgefühl hat unter dieser herausfordernden Zeit gelitten.

Die Umfrage fand vor dem 24.02., also vor Ausbruch des Kriegs in der Ukraine, statt. Neue Herausforderungen für die Vereine, wie z.B. steigende Energiepreise auch in den Vereinsthemen, wurden deshalb noch nicht angegeben.

Die Vereine schauen jedoch zuversichtlich in die Zukunft.

Herr Goller-Martin (Amt für Bildung, Soziales und Sport):

- Am 08. Oktober findet ab 19:00 Uhr nach drei Jahren wieder das Freundschaftsfest der Nationen in der Festhalle Weißenau statt.
- Am 02. Oktober findet der interkulturelle Verkaufsoffene Sonntag in Ravensburg statt. Rund 20 Nationalitäten präsentieren Spezialitäten aus der heimischen Küche, jahrhundertealte Bräuche und kulturelle Besonderheiten.

Herr Aksoyan (Türkei): Das Forum der Kulturen Stuttgart e.V. möchte auf Landesebene eine Konferenz der Interessensgemeinschaft der Migrantenorganisationen initiieren, ähnlich der bereits bestehenden Regionalkonferenzen für die einzelnen Regierungspräsidien.

Frau Weithmann (B90/Grüne): Die Antragstellung für eine Projektförderung über Demokratie Leben! ist sehr aufwendig. Könnte dieses Verfahren erleichtert werden? Insbesondere der Abschlussbericht bereitet vielen Antragstellern Probleme. Manche Gruppen könnten aus Angst vor dem bürokratischen Aufwand gar nicht erst einen Antrag für ihr Projekt stellen.

Herr Goller-Martin (Amt für Bildung, Soziales und Sport): Das Verfahren ist in dieser Form vom Bundesprogramm vorgegeben. Wir geben die Kritik aber gerne weiter. Ggf. könnte man bei Herrn Strasser einen Impuls abgeben.

Der Verein Tavir hilft auf Wunsch bei der Antragstellung.

Aufgrund der hohen Förderungssumme müssen einige formelle Voraussetzungen jedoch zwingend erfüllt werden, wie z.B. der Gemeinnützigkeitsnachweis.

Herr Aksoyan (Türkei): Der Bund ist hier vorsichtig, da auch in den Parlamenten die Anfragen gestiegen sind, von Parteien die dem Programm kritisch gegenüberstehen. Der Abschlussbericht dient hier z.B. auch als Nachweis und Rechtfertigung wofür die Fördermittel verwendet wurden.

Frau Hipp-Streicher (Caritas Bodensee-Oberschwaben): Die Antragstellung ist nicht nur für das Ehrenamt aufwendig, auch die Träger bringen viel Zeit auf.

Es wäre gut einmal eine Übersicht zu erhalten über alle Organisationen / Vereine, die im Beirat für Integrationsfragen vertreten sind. Diese Übersicht könnte als Art der Öffentlichkeitsarbeit und als gemeinsames Zeichen veröffentlicht werden.

Herr Goller-Martin (Amt für Bildung, Soziales und Sport): Eventuell könnte auf der städtischen Homepage unter dem Reiter "Integration" auch der BFI und die vertretenen Organisationen dargestellt werden. Die Paritätische Besetzung (Kommunalpolitik und Migrantenorganisationen) ermöglicht einen guten Austausch, ein Kennenlernen und eine Begegnung auf Augenhöhe.

Dürfen wir den Arbeitsauftrag mitnehmen, dass z.B. ab Dezember oder ab nächstem Jahr auch eine ukrainische Vertretung im BFI dabei ist? In der ukrainischen Community ist viel ehrenamtliches Engagement vorhanden.

Die Anwesenden stimmen dem zu.

Frau Eger (CDU): Wäre es möglich eine Ausbildung wie die PIA (Praxisintegrierte Ausbildung für Erzieher/in) auch für die Krankenpflege zu initiieren? Wie müsste man hier vorgehen?

Herr Goller-Martin (Amt für Bildung, Soziales und Sport): Gegebenenfalls könnte man hier einen Experten zum Thema einladen, z.B. Herrn Zodel aus der Altenpflege? Diese Frage wird zur Bearbeitung mitgenommen.

Frau Rosenthal (B90/Grüne): Das CJD feierte im Juli Jubiläum. Ein Angebot zur Altenpflege ist dort bereits vorhanden. Insgesamt hat das CJD ein sehr großes Angebot zur beruflichen Qualifikation, Ausbildung und Sprache.

Frau Welkenbach (CJD Ravensburg): Es gibt z.B. ein Projekt "Zukunft im Pflegeberuf". Eine Kollegin vermittelt die KlientInnen in MigrantInnenklassen. Ein Zugang ist ab einem Sprachniveau A2 möglich. Es erfolgt eine Ausbildung zunächst zum Altenpflegehelfer, danach wird automatisch das Sprachniveau B1 anerkannt.

Frau Eger (CDU): Ist dieses Angebot auch für weitere Berufsfelder in der Pflege möglich?

Frau Welkenbach (CJD Ravensburg): Wird für den nächsten BFI eine Präsentation über das Angebot des CJD vorbereitet.

Herr Goller-Martin (Amt für Bildung, Soziales und Sport) verabschiedet alle Anwesenden und bedankt sich für die Sitzung.

Beratungsergebnis:

zur Kenntnis genommen